



## Geschäftsführung Stadtentwicklungsausschuss

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23148  
Fax : (0221) 221-22344  
E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 28.12.2021

### Auszug aus der Niederschrift der 34. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 28.06.2018

öffentlich

#### 3 Anträge

##### 3.3 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Städtebauliche Neuordnung für den Bereich Parkgürtel Süd und GE Schlachthof" AN/0985/2018

#### Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bereich südlich des Parkgürtels, (s. Zeichnung, schwarz markierte Fläche mit Ausnahme des orange umrandeten Gebietes) einen Entwicklungs- und Nutzungsplan aufzustellen.



(Auszug Köln-GIS)

2. Der Entwicklungs- und Nutzungsplan soll die aktuell ungeordnete städtebauliche Situation strukturieren und neu ordnen. Dabei sind Flächen für gewerbliche Nutzung, Wohnen, Grün sowie die soziale Infrastruktur zu identifizieren und ggf. neu festzulegen. Verdichtungsmöglichkeiten sowie Aussagen über eine angemessene Höhenentwicklung sind zu treffen.

In einem ersten Schritt soll die Verwaltung den Dialog mit den ansässigen Betrieben u.a. Rheinenergie, Campina, Möllers etc., den Anwohnenden und den beteiligten Bezirksvertretungen suchen, um das Entwicklungsinteresse zu bündeln. Der Stadtentwicklungsausschuss ist zu beteiligen. Ihm ist zeitnah ein Ablaufplan vorzulegen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/1081/2018**

Vorsitzender Kienitz begründet den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und seiner Fraktion und unterstreicht, dass der innerstädtische Bereich einer Neuordnung Bedarf und deshalb hierfür ein fundiertes Nutzungs- und Entwicklungskonzept erarbeitet werden müsse.

Herr Brock-Middenberger unterstützt grundsätzlich die Intention des Antrages und verweist in diesem Zusammenhang auf den Ergänzungsantrag seiner Fraktion, der sich zusätzlich dafür ausspreche, die an den Betrachtungsraum angrenzenden Abschnitte der A57 und der K4 in den Entwicklungs- und Nutzungsplan aufzunehmen.

RM Sterck spricht sich für den Ursprungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus und lehnt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ab. Er weist bezüglich der vorgeschlagenen Prüfung zu einer Überdachung dieser Straßen auf den Beschluss zum Lövenicher Tunnel und den heutigen Standards zum Tunnelbau und die damit verbundenen hohen Kosten hin.

RM Pakulat lehnt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ebenfalls ab und schließt sich den Ausführungen ihres Vorredners an. Aus ihrer Sicht dürfe das Gebiet nicht unnötig überfrachtet werden.

Beigeordneter Greitemann begrüßt grundsätzlich den Antrag und sagt zu, dem Stadtentwicklungsausschuss einen entsprechenden Ablaufplan vorzulegen. Er macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung für das Nutzungs- und Entwicklungskonzept zusätzlich eine externe Expertise einholen müsse.

RM Frenzel plädiert dafür, wenigstens eine Überdachung der Straßen in dem Betrachtungsraum zu prüfen, um unter anderem zu erfahren, welche Lärmreduktionen dadurch erreicht werde und ob zusätzliche Flächen über dem Straßenraum erweitert werden können.

Vorsitzender Kienitz wirft ein, dass seines Erachtens der Hauptlärm durch die sich dort befindende Schienenstrecke der Bahn erzeugt werde.

RM Weisenstein hält es für sinnvoll, die Sache in Angriff zu nehmen und unterstützt den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er wundert sich jedoch darüber, dass der Antrag erst zum jetzigen Zeitpunkt gestellt werde. Betreffend der Überdachung der betroffenen Straßen merkt er an, dass eine dortige Temporeduzierung ebenfalls zu Lärmreduktionen führe.

Beigeordneter Greitemann weist abschließend darauf hin, dass die Verkehrssituation in diesem Zusammenhang sowieso geprüft werden müsse und somit die Anregungen des Ergänzungsantrages berücksichtigt werden.

### **Beschluss:**

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Punkt 3 ergänzt:

3. In den Entwicklungs- und Nutzungsplan sind die an den Betrachtungsraum angrenzenden Abschnitte der A57 und der K4 aufzunehmen. Eine Überdachung dieser Straßen ist zu prüfen, da die Entwicklungsoptionen für den Betrachtungsraum aufgrund der dadurch zu erreichenden Lärmreduktionen und ggf. zusätzlichen Flächen über dem Straßenraum erweitert werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich –gegen die Stimmen der SPD-Fraktion – abgelehnt.